

## **Was ist in Bolivien los?**

Seit rund fünf Tagen hat sich die Lage in Bolivien zusehends verschärft. Bereits sind die ersten Toten als Folge der Ausschreitungen und Konfrontationen zu beklagen.

### **Zuerst einmal die Fakten...**

Am 10. August fand bekanntlich das Plebiszit zur Abwahl oder Bestätigung von Präsident Evo Morales Ayma, seinem Vize Álvaro García Linera, sowie acht der neun Präfekten des Landes statt (siehe letzte "Noticias aus La Paz").

Dabei erhielt Präsident Morales von insgesamt 67.41% der Abstimmenden eine Bestätigung seines Regierungskurses, bzw. von 99 der insgesamt 112 Gemeinden des Landes. Zwei der Präfekten wurden abgewählt, aber die Vertreter des so genannten "Halbmondes" im Osten des Landes, die seit über einem Jahr die wirkliche Opposition gegenüber der Regierung anführen, wurden vom Volk in ihrem Amt betätigt.

In der Woche nach der Abstimmung kündigte die Regierung an, am 7. Dezember (was später auf den 25. Januar 2009 verschoben wurde) die Urabstimmung über den neuen Verfassungsentwurf abzuhalten, der seit Dezember 2007 vorliegt und wegen des Widerstandes aus dem östlichen Tiefland bislang nicht zur Abstimmung gebracht werden konnte.

Fast unmittelbar danach fanden die ersten Strassenblockaden im südlichen Departement Tarija, später auch in Santa Cruz, dem Bollwerk der Opposition, statt. Es ging dabei um die Verhinderung dieser neuen Verfassung und um die Rückerstattung der Steuern aus dem Erdgasgeschäft, welche die Regierung für die Finanzierung einer bescheidenen Pension für die PensionärInnen zurückbehalten hatte.

Es wurde damit gedroht, die Erdgasleitungen zu unterbrechen oder gar in die Luft zu sprengen, um damit die Regierung zum Einlenken zu bewegen. Gleichzeitig kamen auch die der Regierung wohl gesinnten Kreise, Bauern, Indigenas, Arbeiter und aus dem westlichen Hochland stammenden WanderarbeiterInnen in Bewegung, um die aufständischen Städte des östlichen Tieflands einzukesseln und von der Zufuhr von Treibstoff und Lebensmitteln abzuschneiden.

Die Präfekten der östlichen Departements haben nichts unterlassen, um die Stimmung unter der Bevölkerung zu schüren und mehr oder weniger unverblümt die StudentInnen aufgefordert, die Konfrontation zu suchen. Dies geschah denn auch, und ab dem "Schwarzen Dienstag", 9. September, werden aus den Städten Tarija, Santa Cruz und Cobija schwere Ausschreitungen gemeldet. Die Kräfte der Opposition haben Gebäude der öffentlichen Hand besetzt und zerstört, insbesondere die Behörden zur Sanierung der Ländereien und die Steuerbehörden.

Vorgestern (11. September) fielen die ersten Toten, in der Nähe von Cobija, Hauptstadt des nördlichen Departements Pando. Allem Verlauten nach haben sich Vertreter der Präfektur mit Bauern vom Land angelegt, die sich zur Beratung versammeln wollten. Die Zahl der Toten ist inzwischen auf 12 angestiegen. In Santa Cruz versuchten Jugendliche der faschistischen Union einen Stadtteil zu stürmen, der als Hochburg der Regierungspartei MAS gilt und vor allem von WanderarbeiterInnen aus dem westlichen Hochland bewohnt ist.

Ebenfalls vorgestern wies die Regierung den US-Botschafter in La Paz, Philip Goldberg, des Landes, weil dieser angeblich mit der Opposition im Osten konspiriert und damit den Konflikt noch geschürt habe. Umgehend wies die USA den bolivianischen Botschafter Guzman aus. Der

venezolanische Präsident Hugo Chávez wies darauf, in Solidarität mit Evo Morales, ebenfalls den dortigen US-Botschafter des Landes.

Durch die Ausschreitungen im Osten des Landes sind auch die Erdgaslieferungen nach Brasilien und Argentinien in Mitleidenschaft gezogen worden. Die Bevölkerung in diesen Landesteilen leidet unter einer immer grösser werdenden Knappheit von Brennstoff und Lebensmitteln; die Gasflasche wird inzwischen zum dreifachen Preis gehandelt.

Die katholische Kirche, deren Bischofskonferenz vom 10. bis 11. September in Cochabamba tagte, rief zum Einstellen der Gewalt und der Ausschreitungen auf und ersuchte die Regierung, sich mit der Opposition an den Verhandlungstisch zu setzen. Die umgehenden Länder haben Bereitschaft geäußert, als Vermittler im Konflikt zu fungieren. Inzwischen haben zumindest einzelne Präfekte Dialogbereitschaft bekundet. Im Departement Pando ist gestern der Ausnahmezustand ausgerufen worden.

### **... und dann die Hintergründe**

Die Hintergründe des Konfliktes habe ich im letzten Rundbrief noch einmal dargelegt. Es geht eigentlich um den Kampf zwischen zwei unterschiedlichen politischen und wirtschaftlichen Modellen. Während die Regierung mit dem "alten Staat" und der noch zum Teil in kolonialer Manier agierenden Oligarchie von Grossgrundbesitzern und Unternehmern aufräumen möchte, widersetzen diese sich mit allen Mitteln, ihre Pfründen zu verlieren. Dabei wird das Volk geschickt manipuliert, die Massemedien in den schmutzigen Krieg rein gezogen und gegen die Regierung aufgehetzt, sowie vor allem die StudentInnen und Jugendlichen, die meistens arbeitslos und frustriert sind, gegen regierungsfreundliche Volksteile aufgestachelt. Man munkelt, dass es sich um bezahlte Schlägertrupps handelt.

Noch am Abend der Abstimmung vom 10. August haben die Regierung und alle Präfekten, mit Ausnahme des Präfekten von Santa Cruz, zu Versöhnung und Dialog aufgerufen. Aber schon bald zeigte weder die eine noch die andere Seite wirkliche Verhandlungsbereitschaft. Während die Regierung auf ihrem Projekt einer neuen Verfassung beharrt, fordern die Präfekten der östlichen Departements die Rückerstattung der Einnahmen aus der Erdgasförderung und den Rückzug des von der verfassungsgebenden Versammlung erarbeiteten Entwurfs. Eigentlicher Zankapfel ist dabei der Grossgrundbesitz.

Leider ist der Konflikt, der eigentlich ein Machtkampf zwischen der alten Oligarchie von einigen Dutzend reichen Familien und der Regierung ist, zum Anlass rassistischer und bürgerkriegsähnlicher Ausschreitungen geworden. Bolivianische BürgerInnen stehen sich gegenüber, und Armee und Polizei versuchen, nach Möglichkeit die menschlichen und materiellen Schäden zu begrenzen. Bisher hat sich die Armee zurückgehalten und versucht, die Erdgasförderung und Versorgung des Landes sicher zu stellen.

Es wird aber bereits von einer "Ausgangssperre" und vom "Ausnahmezustand" geredet. Die Gemüter sind auf beiden Seiten erhitzt, und man schiebt sich gegenseitig die Schuld an den Opfern und Zerstörungen zu. Ein Dialog in dieser Situation ist praktisch unmöglich.

Verschiedene Flughäfen im Landesinneren sind geschlossen, Hauptverkehrsverbindungen sind unterbrochen worden, und einzelne internationalen Fluggesellschaften haben ihren Dienst bis auf weiteres eingestellt. Trotzdem geht in den meisten Landesteilen, vor allem im westlichen Hochland mit der Regierungshauptstadt La Paz, das Leben praktisch ungestört weiter. Es bleibt

abzuwarten, ob doch noch die Vernunft zum Tragen kommt und weiteres Blutvergiessen verhindert werden kann.